Kurasinska, Lidia, 2018: This ultra-conservative institute has infiltrated the Polish state, on a relentless quest to ban abortion. Internet: <https://www.opendemocracy.net/en/5050/ultra-conservative-institute-has-infiltrated-polish-state-to-ban-abortion/> [26.07.2021].

Pérez Colomé, Jordi, 2017: La conexión rusa de Hazte Oír. In: El País. 05.09.2017. Internet : https://elpais.com/politica/2017/08/03/actualidad/1501774274_152047.html [26.07.2021].

Religión Digital, 2019: VOX y Hazte Oír: las conexiones entre la ultraderecha y el lobby ultracatólico llegan a las instituciones. Internet: https://www.religiondigital.org/el_baron_rampante/VOX-Hazte-Oir-ultracatolico-instituciones_7_2184751505.html [26.07.2021].

VSQUARE, 2020: The Golden Lion Roars from Cracow. VSQUARE, 30.12.2020. Internet: <https://vsquare.org/the-golden-lion-roars-from-cracow/> [26.07.2021].

„Feministinnen sind gefährlicher als Terroristen“¹ – Machterhalt, maskulinistische Restauration und der Kampf um die Istanbul-Konvention in der Türkei

RENATE KREILE

Am 1. Juli 2021 trat die Türkei aus der Istanbul-Konvention (IK) aus. Dieser „internationale Schlüsselvertrag des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (Buric 2020) verpflichtet die Beitrittsstaaten völkerrechtlich bindend, Frauen vor sämtlichen Formen von Gewalt, ob außerhäuslich oder häuslich, umfassend zu schützen und die Täter strafrechtlich zu verfolgen. „Sie gewährleistet das Grundrecht von Frauen auf ein Leben ohne Gewalt“ (Europarat 2021).

Die autokratische Aufkündigung dieses Abkommens, welches vom türkischen Parlament 2012 (Yarar 2020, 124) einstimmig ratifiziert wurde, rief internationale Kritik und landesweite Proteste von zahlreichen Frauengruppen hervor.

Die türkische Regierung verteidigte den Austritt mit der Desinformation, das Abkommen sei „von einem Personenkreis gekapert worden, der versuche Homosexualität zu normalisieren – was mit den sozialen und Familienwerten der Türkei unvereinbar“ sei (Human Rights Watch 2021).² Präsident Erdoğan selbst verwies auf das fortbestehende nationale „Gesetz zum Schutz der Familie und zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen“ (Nr. 6284)³ und betonte unter Berufung auf die eigene „authentische“ Kultur: „Gewalt gegen Frauen ist in unserer Religion verboten“ (duvaR. english 2021). Aus einer derartigen Perspektive wird Gewalt gegen Frauen nicht als Ausdruck struktureller Ungleichheit, sondern als moralisch verwerfliches männliches Fehlverhalten gewertet (vgl. Unal 2021, 74).

Nicht nur in der Türkei, sondern auch bei autoritären rechtspopulistischen Regierungen, Parteien und Bewegungen anderswo, etwa in Polen und Ungarn, erweisen

sich die Geschlechterverhältnisse als Schauplatz hegemonialer Deutungskämpfe (Graf/Schneider/Wilde 2017, 72) nicht nur um Frauenrechte und die Rechte sexueller Minderheiten, sondern gleichsam auch als „Meta-Sprache“: etwa im Kontext von sozialer Ungleichheit und politischer Macht, Zugehörigkeit und Ausschluss oder Ansprüchen auf Ressourcen unter neoliberalen Bedingungen (Dietze/Roth 2020, 8) und innereuropäischen Ost-West-Ungleichheiten (Kováts 2021, 76ff).

Was steckt nun hinter dem Rückzug? Welche spezifischen Bestimmungsfaktoren liegen vor? Welche verallgemeinerbaren Trends globaler rechtspopulistischer Entwicklungen sind zu beobachten, und was bedeutet dies für die Rechte von Frauen?

Frauenrechte als machtpolitische Manövriermasse

Der von der Regierungspartei Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) vollzogene Politikwechsel zeigt schlaglichtartig, dass die Geschlechterthematik mit der politischen Ordnung konstitutiv verwoben ist und Frauenrechte im Interesse von Machterwerb und -erhalt instrumentalisiert werden (Kandiyoti 2019, 81ff.).

In der Phase ihres Aufstiegs hatte die AKP das politische System demokratisch geöffnet und motiviert durch die EU-Beitrittsverhandlungen politisch liberalisiert. Befördert durch das Engagement der Frauenbewegung führte dies zu weitreichenden geschlechterpolitischen Reformen (Kreile 2018, 50f.) und 2011 zum Beitritt zur Istanbul Konvention.

Im Kontext dramatischer innen- und außenpolitischer Entwicklungen und deutlicher Legitimationsverluste (Tuğal 2021; Yasar 2020, 127f.) leitete die AKP-Regierung in ihrer zweiten Dekade⁴ an der Macht eine „autoritäre Wende“ ein (Esen/Gumuscu 2020, 3). Sie verabschiedete sich zunehmend von rechtsstaatlichen Prinzipien und machte sich daran, unabhängige zivilgesellschaftliche und oppositionelle Akteur*innen mit massiver Repression politisch zu marginalisieren (HRW 24. 03. 2021). Die AKP antwortet auf die wachsende ökonomische und politische Krise mit einer Hinwendung zu radikal konservativen und autoritär-nationalistischen Kräften (Yasar 2020, 116; Tuğal 2021). Die neue strategische Allianz bezieht informell einflussreiche islamistische Bruderschaften mit ein, die seit Jahren fordern, dass die Türkei sich von der IK zurückzieht. Laut Website etwa der mächtigen Ismailağa-Gemeinschaft, die offen einen islamischen Staat fordert, stellt die IK eine Kampf-ansage an „islamische Werte“ dar, zerstört Moral und Familie und steht im Widerspruch zur Schöpfung (Yetkin 2020).

Der Rückzug aus der IK markiert einen Rückschlag für die türkische Frauenbewegung. Selbst zahlreiche konservative Frauen, einschließlich der AKP-nahen Frauenorganisation KADEM⁵, hatten sich gegen den Austritt ausgesprochen (Yetkin 2020). Im Interesse des Machterhalts brüskiert der Präsident Teile der weiblichen Parteibasis und schmiedet das Bündnis mit ultra-konservativen Kräften (Aksoy 2021), die schon seit Jahren für eine „maskulinistische Restauration“ (Kandiyoti 2019) trommeln.

Maskulinistische Restauration und rechtspopulistische Polarisierung

Die Auseinandersetzung um die IK dient in der Türkei wie anderswo als eine Art „politischer“ oder „symbolischer Kitt“ (vgl. Unal 2021, 71; Kováts/Pöim 2015), der eine breite Front aus ultra-konservativen religiösen Kräften, Nationalisten und einer antifeministischen Männerbewegung zusammenbindet, aber durchaus auch viele Frauen anspricht. So sehen sich Teile der weiblichen AKP-Anhängerschaft durch die familienorientierte Care-Politik der AKP in ihrer traditionellen, vermeintlich ‚natürlichen‘ Rolle symbolisch aufgewertet und sozialpolitisch ‚empowered‘ (Kreile 2018). Ideologisch bestimmend ist zudem der konservativ-religiöse Geschlechterdiskurs, der nicht die Gleichheit der Geschlechter, sondern ihre Gleichwertigkeit und Komplementarität betont (Unal 2021, 71f).

Transnational kooperierende Anti-Feminist*innen artikulieren und verstärken nationalistische Anti-EU-Affekte (Kováts 2021), in dem sie die IK als „Trojanisches Pferd“ oder gar „Ebola aus Brüssel“ dämonisieren, die die ‚heilige‘ Familie und Nation zerstören wolle (Unal 2021, 70f, 78).

Eine einflussreiche Rolle im Hinblick auf die Restaurierung männlicher Privilegien, die auch im Zuge ökonomischer Krisendynamik und einer damit einhergehenden Verengung materieller Verteilungsräume erfolgt, spielen mediale Netzwerke, radikale islamistische Intellektuelle und Kolumnist*innen und nicht zuletzt die antifeministische sog. ‚Türkische Familienvereinigung‘. Diese lanciert seit Jahren nicht nur Kampagnen zur Annullierung der IK und des Gesetzes Nr. 6284, sondern porträtiert Männer auch als Opfer ungerechter Regelungen im Scheidungs-, Unterhalts- und Sorgerecht und fordert, dass diese im Zivilrecht wieder den Status des Familienoberhauptes erhalten (Unal 2021, 72ff.). Durch derartige Diskurse und die ‚laissez-faire-Atmosphäre für Frauen-bashing‘ (Kandiyoti 2019, 83; Übersetzung RK) fühlen sich zunehmend mehr Männer legitimiert und ermutigt, Frauen im öffentlichen Raum ‚moral-polizeilich‘ zu reglementieren und etwa wegen ihrer Kleidung verbal oder körperlich zu attackieren (vgl. Kandiyoti 2019, 83).

Nicht nur in der Türkei, sondern weltweit lassen sich rechtspopulistisch-autoritäre Strömungen und Regime in Anknüpfung an Polanyi als „reaktionäre Gegenbewegungen“ (Buğra 2019) deuten, die Antworten auf soziale Brüche und existenzielle Unsicherheiten versprechen, die mit der neoliberalen Globalisierung einhergehen (ebd., 120). Antifeministische Diskurse, u.a. gefördert auch von der Religionsbehörde Diyanet, diagnostizieren die Abkehr von der vermeintlich „natürlichen Geschlechterordnung“ als zentrale Ursache für die tiefgreifenden sozialen Probleme (Unal 2021, 74).

Die antifeministische Mobilisierung wird zur favorisierten Strategie für eine rechtspopulistisch-autoritäre Polarisierung im Interesse des Machterhalts des herrschenden Blocks. Es geht darum, die ins Rutschen geratene patriarchale Geschlechterordnung zu restaurieren, so dass männliche Privilegien wieder garantiert sind und Frauen ‚ihren Platz kennen‘ (Kandiyoti 2016, 110). Zudem spielen Geschlechternormen und

das Verhalten von Frauen eine Schlüsselrolle im Hinblick auf eine islamisch-nationalistische Identitätspolitik. Es geht um Abgrenzung nach außen gegenüber ‚westlicher‘ Einflussnahme (vgl. Unal 2021, 69) und nach innen um „die Grenzziehung zwischen ‚uns‘ (Gottesfürchtige, Sunni, AKP Unterstützer*innen) und ‚ihnen‘, zu denen alle politischen Kritiker*innen und Minderheiten gehören, die als potenziell verräterisch und unmoralisch präsentiert werden“ (Kandiyoti 2016, 105). Unter der autoritären Herrschaft der AKP und ihrer radikal rechten Bündnispartner bleibt für liberale Freiheitsrechte, soziale und demokratische Kämpfe, plurale Lebensformen und gleiche Rechte für Frauen und Minderheiten wenig Raum. Kandiyoti (2019, 95) sieht dennoch einen Hoffnungsschimmer: „This may unexpectedly give rise to new coalitions and cross-gender alliances in recognition of the fact that the politics of gender has now become a key stake in anti-authoritarian resistance.“

Anmerkungen

- 1 So die in türkischen anti-gender Kreisen bekannte Autorin Sema Maraşlı (zit. nach Unal 2021, 79).
- 2 „The claim stems from the convention’s language prohibiting discrimination based on sexual orientation and gender identity.“ (HRW 24. 03. 2021).
- 3 Das Gesetz Nr. 6284 wurde 2012 verabschiedet, um die IK in nationales Recht umzusetzen (Unal 2021, 74).
- 4 U. a. Syrienkonflikt, Gezi-Protteste 2013, Machtkampf mit der Gülen-Bewegung seit 2013, Ende der Öffnungspolitik in der Kurdenfrage 2015, Putschversuch 2016. Yasar nennt die wirtschaftlichen Folgen der globalen Finanzkrise seit 2011.
- 5 KADEM – Kadın ve Demokrasi Derneği (.Frauen und Demokratie Vereinigung)

Literatur

Aksoy, Hürcan Aslı, 2021: What lies behind Turkey’s withdrawal from the Istanbul Convention? In: Point of View, 29.03.2021. Internet: <https://www.swp-berlin.org/en/publication/what-lies-behind-turkeys-withdrawal-from-the-istanbul-convention/> (03.06.2021).

Buğra, Ayşe, 2019: Political Islam as a reactionary countermovement. In: Atzmüller, Roland/ Aulenbacher, Brigitte/Brand, Ulrich (Hg.): Capitalism in transformation: movements and countermovements in the 21st century. Cheltenham, 119-134.

Buric, Marija Pejčinović, 2020: Europarat: Pressemitteilung. Generalsekretärin: Polen sollte sich nicht aus Istanbul-Konvention zurückziehen. Strasburg, 26.07.2020.

Dietze, Gabriele/Roth, Julia, 2020: Right-Wing Populism and Gender: A Preliminary Cartography of an Emergent Field of Research. In: dies. (Hg): Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond. Bielefeld, 7-21.

duvaR.english, 2021: Istanbul Convention did not bring respect for women’s rights. In: Erdoğan, 14. 4.2021. Internet: <https://www.duvarenglish.com/istanbul-convention-did-not-bring-respect-for-womens-rights-erdogan-news-57089> (03.06.2021).

Esen, Berk/Gumuscu, Sebnem, 2020: Why did Turkish democracy collapse? A political economy account of AKP’s authoritarianism. In: Party Politics. Internet: <https://doi.org/10.1177/1354068820923722>.

Europarat, 2021: Istanbulkonvention: Führung des Europarates reagiert auf angekündigten Austritt der Türkei. Pressemitteilung v. 21.03.2021. Internet: <https://www.coe.int/de/web/portal/-/>

council-of-europe-leaders-react-to-turkey-s-announced-withdrawal-from-the-istanbul-convention-1 (03.06.2021).

Graf, Patricia/Schneider, Silke/Wilde, Gabriele, 2017: Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären. In: *Femina Politica*. 26 (1), 70-87.

Human Rights Watch (HRW), 2021: Turkey: Erdogan's Onslaught on Rights and Democracy. 24. 03. 2021. Internet: <https://www.hrw.org/news/2021/03/24/turkey-erdogans-onslaught-rights-and-democracy> (03.06.2021).

Kandiyoti, Deniz, 2016: Locating the politics of gender: Patriarchy, neoliberal governance and violence in Turkey. In: *Research and Policy on Turkey*. 1 (2), 103-118.

Kandiyoti, Deniz, 2019: Against All Odds: the Resilience and Fragility of Women's Gender Activism in Turkey. In: *Kandiyoti, Deniz/Al-Ali, Nadjie/Spellman Poots, Kathryn (Hg.): Gender, Governance and Islam*. Edinburgh, 80-100.

Kováts, Eszter/Pöim, Maari (Hg.), 2015: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe, Budapest. Internet: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf> (03.06.2021).

Kováts, Eszter, 2021: Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing defiance to West-Eurocentrism. In: *GENDER*. 13 (1), 76-90.

Kreile, Renate, 2018: Gender und Politik unter der AKP-Regierung. In: *Aksoy, Hürcan Aslı (Hg.): Patriarchat im Wandel*. Frankfurt, New York, 41-73.

Tuğal, Cihan, 2021: Turkey at the Crossroads. In: *New Left Review*. 127. Internet: <https://newleft-review.org/issues/ii127/articles/cihan-tugal-turkey-at-the-crossroads> (01.06.2021).

Unal, Didem, 2021: The Masculinist Restoration Project in the Rhetoric of Anti-Gender Movements: The Case of Turkey. In: *Hakola, Outi/Salminen, Janne/Turpeinen, Juho/Weinberg, Oscar (Hg.): The Culture and Politics of Populist Masculinities*. Lanham etc., 67-87.

Yarar, Betül, 2020: Neoliberal-neoconservative feminism(s) in Turkey: politics of female bodies/subjectivities and the Justice and Development Party's turn to authoritarianism. In: *New Perspectives on Turkey*. 63, 113-137.

Yetkin, Murat, 2020: The Istanbul Convention vs. An Islamist Congregation? In: *Yetkin-Report vom 9. 7. 2020*. Internet: <https://yetkinreport.com/en/2020/07/09/the-istanbul-convention-vs-an-islamist-congregation/> (01.06.2021).

Feminizide in Mexiko: Eine dramatische Realität und ihre Zuspitzung im Drogenkrieg

FÁTIMA ÁVILA ACOSTA

Ende März 2021 fand in Mexiko-Stadt das Forum für die Gleichstellung der Generationen statt,¹ auf dem die Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen eines „Global Acceleration Plan for Gender Equality“ eine prominente Rolle einnahm. Auf diesem Forum bekräftigte die mexikanische Bundesregierung ihr gleichstellungspolitisches Engagement. Das von den Vereinten Nationen einberufene und von den mexikanischen und französischen Behörden gemeinsam geleitete Forum analysierte